

20 Jahre W-Besoldung



BESOLDUNG

Die W-Besoldung: Rückblick, Einordnung und Entwicklung

Von Dr. Karla Neschke
| ab Seite 8

Die Beurteilung professoraler Leistungen im Rahmen der W-Besoldung

Von Erik Günther | ab Seite 12

Die Konsumtion in der W-Besoldung – ein Rückblick anhand der Rechtsprechung

Von Dr. Christian F. Fonk
| ab Seite 16

Eine persönliche Sicht auf die W-Besoldung

Von Prof. Dr.-Ing. Tobias Plessing | ab Seite 20

Hochschultransformation jetzt!

Von Prof. Dr. Sabine Joeris und Prof. Dr. Britta M. Gossel
| ab Seite 24

Wissenskommunikation und Landessprache

Von Prof. Dr. Olga Rösch, Prof. Dr. Günter-Ulrich Tolkieln und Dr. Thomas Brunotte | ab Seite 28

CAMPUS UND FORSCHUNG

- Ernst-Abbe-Hochschule Jena: **Orientierungsjahr für angehende Ingenieurinnen und Ingenieure** 4
- Hochschule Stralsund: **Institut für sichere mobile Kommunikation nimmt Arbeit auf**
- Hochschule Koblenz: **Blended-Learning-Programm für Biotechnologie in Ruanda** 5
- Hochschule Niederrhein: **Hochschule Niederrhein und Borussia Mönchengladbach kooperieren** 6
- Jüdische Studierende: **Antisemitismus an Hochschulen** 7

Titelthema: 20 JAHRE W-BESOLDUNG

- Die W-Besoldung: Rückblick, Einordnung und Entwicklung** 8
| Von Dr. Karla Neschke
- Die Beurteilung professoraler Leistungen im Rahmen der W-Besoldung** 12
| Von Erik Günther
- Die Konsumtion in der W-Besoldung – ein Rückblick anhand der Rechtsprechung** 16
| Von Dr. Christian F. Fonk
- Eine persönliche Sicht auf die W-Besoldung** 20
| Von Prof. Dr.-Ing. Tobias Plessing

BERICHTE AUS DEM *h/b*

- Vorsitzender des Wissenschaftsausschusses Kai Gehring im Interview **Vom Erfahrungsschatz der HAW profitieren** 22
36
| Von Dr. Karla Neschke
- h/b*-Kolumne: Künstliche Intelligenz: Ist sie wirklich intelligent?** 23
| Von Prof. Dr. Ali Reza Samanpour

FACHBEITRÄGE

- Hochschultransformation jetzt!** | Von Prof. Dr. Sabine Joeris und Prof. Dr. Britta M. Gossel 24

- Wissenskommunikation und Landessprache** 28
| Von Prof. Dr. Olga Rösch, Prof. Dr. Günter-Ulrich Tolkiehn und Dr. Thomas Brunotte

HOCHSCHULPOLITIK

- DAAD: **Wissenschaftskooperationen mit China realistisch gestalten** 32

- Studentisches Wohnen: **Sachsen ist Vorreiter – Modernisierung von mehr als 1.000 Wohnheimplätzen** 33

- Studieren mit Beeinträchtigung: **Steigender Anteil von Studierenden mit studienerschwerender Beeinträchtigung**

- Nordrhein-Westfalen: **Riesen-Wolke macht Forschungsdaten sicher** 34

AKTUELL

- Editorial 3

- Impressum | Autorinnen und Autoren gesucht 35

- Neues aus der Rechtsprechung 37

- Neuberufene 38

- Veröffentlichungen 39

- Seminarprogramm 40

Komplizierter heißt nicht besser

Mit der W-Besoldung sollten individuelle Leistungsanreize gesetzt werden. Nach 20 Jahren verfestigen Grundstruktur und praktische Handhabung erhebliche Zweifel an der Zielerreichung.



Prof. Dr. Christoph Maas
Chefredakteur

Die W-Besoldung wurde zwischen 2003 und 2005 sukzessive in allen Bundesländern eingeführt. Zuvor war in der C-Besoldung die Vergütung nach Besoldungsgruppe und Dienstalter fest geregelt (mit der Maßgabe, dass an Fachhochschulen 40 Prozent der Professuren nach C 2 und 60 Prozent nach C 3 auszuweisen waren).

Jetzt gab es in jeder Besoldungsgruppe ein Grundgehalt und zusätzlich für jede Hochschule ein Budget, aus dem weitere Besoldungsbestandteile gezahlt werden konnten. Zwar orientierte sich dieses Budget an der durchschnittlichen Besoldung für alle Professuren zu einem Stichtag, da aber hieraus auch die aufwachsenden Gehälter der bestehenden C-Professuren bestritten werden mussten, stand für Neueinstellungen zunächst weniger Geld zur Verfügung als bisher.

Die Beiträge in diesem Heft werfen einen Blick auf die weitere Entwicklung.

Karla Neschke zeichnet nach, welche Gründe damals für diese tiefgreifende Änderung der Besoldungsart angeführt wurden und wie sich im Laufe der Zeit die Regeln zwischen den einzelnen Bundesländern auseinanderentwickelt haben (Seite 8).

Die Vergabe von Leistungsbezügen für besondere Leistungen setzt voraus, dass ein Verfahren existiert, um ebendiese Leistungen festzustellen. Erik Günther arbeitet heraus, inwieweit die Gefahr droht, dass hieraus

ein Beurteilungsverfahren entsteht, das das Recht, auf einer Professur die Aufgaben der Hochschule selbstständig wahrzunehmen, aushöhlt (Seite 12).

Im Jahr 2012 hatte das Bundesverfassungsgericht den abgesicherten Teil der W-Besoldung für unzureichend erklärt. Die meisten Bundesländer erhöhten daraufhin das Grundgehalt, rechneten aber bisher gewährte Leistungsbezüge für besondere Leistungen ganz oder teilweise darauf an. Christian Fonk führt aus, wie diese Praxis über alle Instanzen hinweg gerichtlich für zulässig befunden wurde. Eine andere Situation zeichnet sich in denjenigen Bundesländern ab, die bei gleichbleibendem Grundgehalt sogenannte „Grundleistungsbezüge“ eingeführt haben (Seite 16).

Tobias Plessing beschreibt, wie er persönlich als W-besoldeter Professor, aber darüber hinaus auch an seiner Hochschule und in seinem Bundesland die Auswirkungen der veränderten Art der Besoldung erlebt. Jenseits des Monetären geht es dabei auch um Rückwirkungen auf die Hochschulselbstverwaltung und das Selbstbewusstsein, die mit einer Professur verbundenen Rechte wahrzunehmen (Seite 20).

Der mittlerweile entstandene Flickenteppich von der Höhe des Grundgehalts über die Vergabe von Leistungsbezügen bis zur Frage der Ruhegehaltfähigkeit ist sicher nicht hilfreich, um den Mangel an Bewerbungen auf eine Professur zu beheben. Beim Arbeitsaufwand zur Feststellung von Leistungen, aus der dann eine Gehaltserhöhung von vielleicht 100 Euro folgt, stellt sich zudem die Sinnfrage. Nach 20 Jahren Erfahrung darf bezweifelt werden, ob diese Form von Unklarheit nach außen und Mikromanagement nach innen die Leistungsfähigkeit unserer Hochschulen tatsächlich steigert.

Ihr Christoph Maas

Ernst-Abbe-Hochschule Jena

Orientierungsjahr für angehende Ingenieurinnen und Ingenieure

Mit einem Orientierungsjahr Ingenieurwissenschaften bietet die Ernst-Abbe-Hochschule (EAH) Jena ab dem Wintersemester 2024/2025 technikbegeisterten und noch unentschlossenen jungen Menschen eine Entscheidungshilfe für den individuell passenden Studiengang. Über einen Zeitraum von zwei Semestern (ein Jahr) können die vielseitig interessierten Studierenden ein breites Fächerspektrum aus dem ingenieurwissenschaftlich-technischen Bereich kennenlernen. Neben Mathematik und Chemie als studiengangübergreifende Grundlagen werden Schlüsselkompetenzen wie beispielsweise Zeitmanagement vermittelt. Hinzu kommen fachspezifische Module, die einen umfassenden Einblick in die ingenieurwissenschaftlichen Studiengänge der EAH Jena geben.

Im Anschluss an das Orientierungsjahr Ingenieurwissenschaften ist ein Wechsel in den Wunschstudiengang möglich. Erfolgreich absolvierte Fachveranstaltungen können auf ein späteres Bachelorstudium an der EAH Jena angerechnet werden.



Foto: Sebastian Reuter, EAH Jena

Studierende der Ernst-Abbe-Hochschule Jena

Studierende im Orientierungsjahr Ingenieurwissenschaften genießen den vollständigen Studierendenstatus und profitieren von allen Angeboten und Vergünstigungen durch die Nutzung der Thüringer Hochschul- und Studierendenwerkkarte thoska (z. B. Semesterticket für den öffentlichen Nahverkehr und die Bahn, vergünstigtes Essen in Mensa und Cafeteria sowie das Kulturticket). Ein weiterer entscheidender Vorteil: Das Orientierungsjahr

Ingenieurwissenschaften ist ein BAföG-fähiges Angebot der Hochschule. In Thüringen existiert derzeit kein vergleichbares Modell an Hochschulen.

Bewerbungen für das Orientierungsjahr Ingenieurwissenschaften mit Beginn im Oktober 2024 sind vom 15. Mai bis 30. September 2024 möglich.

[EAH Jena](#)

Hochschule Stralsund

Institut für sichere mobile Kommunikation nimmt Arbeit auf

Das Institut für sichere mobile Kommunikation (ISMK) ist das neue An-Institut an der Hochschule Stralsund. Mit seinem Fokus im Bereich Informations- und Kommunikationssicherheit wollen die Mitglieder des ISMK Lösungen erarbeiten, um Bedrohungen und Gefährdungslagen zu begegnen. Themenbezogen ist es damit ein zentraler Ansprechpartner für Forschung, Lehre und Wirtschaft im Land.

Christian Pegel, Minister für Inneres, Bau und Digitalisierung des Landes Mecklenburg-Vorpommern, betont die landesweite Bedeutung der Errichtung des Instituts: „Als erste Einrichtung seiner Art in Mecklenburg-Vorpommern ist das Institut eine Antwort auf aktuelle Herausforderungen, die auch in Deutschland für Fragen der digitalen Sicherheit extrem relevant sind, und

erarbeitet Lösungen zur Absicherung kritischer Mobilfunk-Infrastruktur, die weit über die Grenzen des Landes hinweg umgesetzt werden können.“

Das Institut wurde im Sommer 2023 gegründet und im Dezember 2023 im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung als An-Institut an der Hochschule Stralsund anerkannt. Leiter ist Prof. Dr. Andreas Noack, IT-Sicherheits-Experte von der Hochschule Stralsund und Digitalisierungsbotschafter von Mecklenburg-Vorpommern. „Unser Hauptziel ist es, eine sichere und ungestörte Kommunikation auf verschiedenen Ebenen sowohl vor, während und nach der Übertragung von Daten zu gewährleisten“, erklärt Prof. Dr. Noack. Als Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Praxis wollen wir die Forschungsergebnisse möglichst schnell in

anwendungsorientierte Lösungen übertragen.“ Die Arbeit des Instituts soll auch die Forschungsbemühungen der Hochschule Stralsund in diesen Themenfeldern stärken. „Das An-Institut für sichere mobile Kommunikation ist hinsichtlich seiner Kompetenzen exzellent aufgestellt und wird deutschlandweit Nutzen im Bereich Sichere Mobile Kommunikation generieren“, ordnet der Rektor der Hochschule Stralsund, Prof. Dr. Ralph Sonntag, ein.

Neben der Forschung steht vor allem die wissenschaftliche Nachwuchsförderung im Fokus des neuen Instituts. Mit verschiedenen Projekten und einem interdisziplinären Ansatz wird das ISMK ambitionierten Doktorandinnen und Doktoranden im Bereich der IT-Sicherheit eine attraktive Plattform bieten, um ihre Forschungsprojekte

voranzutreiben und wissenschaftlich zu prosperieren.

Das ISMK engagiert sich zudem in der Wissensvermittlung und dem Austausch innerhalb und außerhalb der Fachwelt. Hierzu werden regelmäßig Veranstaltungen abgehalten und Informationsangebote wie zum Beispiel Podcasts bereitgestellt. „Die sich ständig weiterentwickelnde technische Infrastruktur stellt uns vor immer neue

Herausforderungen. Deshalb werden wir uns auch mit den Aspekten der Sicherheit im Kontext künstlicher Intelligenz befassen“, gibt Prof. Dr. Noack ein Beispiel.

Dr. Björn Rupp, Geschäftsführer des Berliner Mobilfunk-Sicherheitsexperten GSMK und Mitglied des Instituts, betont die Bedeutung der engen Verzahnung von Wissenschaft und Industrie: „Die Kombination von jahrzehntelanger

Erfahrung aus wissenschaftlicher Forschung und industrieller Entwicklungsarbeit macht das Institut einzigartig und befähigt es, schnell umsetzbare Lösungen zu erarbeiten, die für die Sicherheit des gesamten Standorts Deutschland in einer Zeit vielfältiger Bedrohungen durch unterschiedliche Akteure von hoher Relevanz sind.“

HOST

Hochschule Koblenz

Blended-Learning-Programm für Biotechnologie in Ruanda

Biotechnologie ist ein Bereich, auf den sich Ruanda gerade verstärkt spezialisieren möchte mit dem Ziel, sich zu einem afrikanischen Zentrum für Biotechnologie und Pharmazie zu entwickeln. Eine hohe Priorität liegt dabei auf der lokalen Impfstoffproduktion und anderen pharmazeutischen Produkten, um zum einen die Gesundheitsversorgung im Land zu verbessern und zum anderen die Abhängigkeit von Importen zu vermindern.

Im Mittelpunkt der Initiative der ruandischen Regierung steht neben dem Ausbau der pharmazeutischen Produktion die Weiterqualifizierung des Fachpersonals, um internationale Qualitätsstandards sicherzustellen. Ziel ist es, insbesondere junge Menschen in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Ingenieurwesen zu fördern und ihnen die erforderlichen Fähigkeiten und Kenntnisse mithilfe von qualifizierenden Weiterbildungsmöglichkeiten zu vermitteln. So sollen orts- und zeitunabhängige Weiterbildungsmöglichkeiten im Rahmen von Blended-Learning-Bildungsformaten gefördert und bestehende, bereits in anderen Ländern akkreditierte Programme in Ruanda angeboten werden.

Das „Zertifikatsprogramm für fortgeschrittene biomedizinische Expertise BioMex“ wird durch die Sonderinitiative „Gute Beschäftigung für sozial gerechten Wandel“ des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert und von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH in Kooperation mit der Hochschule Koblenz und dem zfh - Zentrum



Ruben Faller (GIZ), Marc Bludau (zfh), Claudette Irere (Minister of State for Education), Prof. Dr. MJ Lehmann (TH Bingen), Ralf Elben (GIZ) (v. l.)

für Fernstudien im Hochschulverbund umgesetzt. Das Programm ermöglicht Fachkräften eine individuelle Profilbildung auf der Grundlage von bedarfsgerechten, flexibel gestalteten Weiterbildungsangeboten. Durch die Auswahl individueller Bildungsinhalte erwerben die Studierenden Kenntnisse und Fähigkeiten, die für einen zügigen und zielorientierten Ausbau des Biotechnologiesektors in Ruanda nötig sind.

In der Zeit vom 22. bis 28. Oktober 2023 organisierte die GIZ eine Delegationsreise, um die beiden Ausbildungsstätten stärker miteinander zu vernetzen. Prof. Dr. Maik Lehmann (Technische Hochschule Bingen) als designierter Leiter des Zertifikatsprogramms und Marc Bludau, Geschäftsführer des zfh, nahmen die Reise wahr.

Die erste Station der Reise, das Bildungsministerium Ruandas, plant den Aufbau des African Biomedical

Institut (ABI), an dem das Zertifikatsprogramm angesiedelt werden soll. Ein Aspekt des Meetings war der Austausch zum Aufbau und zur organisatorischen Struktur des ABI. Das zfh als Vernetzer von hochschulischen Strukturen ist ähnlich organisiert wie das geplante ABI. Als wissenschaftliche Einrichtung des Landes Rheinland-Pfalz mit Sitz in Koblenz unterstützt das zfh deutschlandweit 21 staatliche Hochschulen im zfh-Verbund bei der Entwicklung, Organisation und Durchführung berufsbegleitender Fernstudienangebote. Claudette Irere, Staatsministerin für Bildung in Ruanda, zeigte sich sehr interessiert an dem geplanten Programm. In dem gemeinsamen Austausch wurde deutlich, dass alle Beteiligten bestrebt sind, das Zertifikatsprogramm möglichst ohne Verzögerungen zu starten. Erste Teilnehmende in Ruanda sollen im Optimalfall bereits im März 2024 ihre Weiterbildung beginnen können.

Auf ihrer Reise besuchte die Delegation weitere potenzielle Partner für das Projekt BioMex: die University of Applied Sciences INES in Ruhengeri; das Weiterbildungsinstitut der Universität Ruanda mit dem EAC Regional Centre of Excellence for Vaccines, Immunisation and Health Supply Chain Management; die Firma Biontech; die Universität Ruanda als größte Hochschule Ruandas und den Partnerschaftsverein Rheinland-Pfalz/Ruanda e. V.

Der Partnerschaftsverein Rheinland-Pfalz/Ruanda e. V. ist eine außergewöhnliche Einrichtung, dessen erfolgreiche Zusammenarbeit als

Länderpartnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda bereits seit 40 Jahren besteht. Neben anderen Schwerpunkten ist insbesondere die Bildungskooperation zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda geprägt von einem starken Engagement beider Partner, die Bildung als Schlüssel zur sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung ansehen. Diese Partnerschaft hat zahlreiche positive Auswirkungen auf das Bildungssystem in Ruanda. Neben dem gegenseitigen Austausch von Lehrkräften und Bildungsexperten unterstützt der Verein den Ausbau der Infrastruktur in Ruanda und fördert den Austausch von Studierenden und

Hochschulprofessoren beider Regionen. So haben beispielsweise ruandische Studierende die Möglichkeit, in Rheinland-Pfalz von der Hochschulbildung in Deutschland zu profitieren.

Das Treffen mit der Leitung des Partnerschaftsvereins diente dem gegenseitigen Austausch über das Projekt BioMex. Der Verein mit zahlreichen Netzwerken in Ruanda ist ein wichtiger Multiplikator zur Bekanntmachung des Projekts in den verschiedenen „Communities“.

zfh

Hochschule Niederrhein

Hochschule Niederrhein und Borussia Mönchengladbach kooperieren

Der Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Hochschule Niederrhein und Fußball-Bundesligist Borussia Mönchengladbach haben eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Die Hochschule wird die Borussia bei aktuellen Fragestellungen mit wissenschaftlichen Untersuchungen unterstützen, die in Lehrprojekten durchgeführt werden. Zu Beginn stehen Fragen der Fanforschung im Mittelpunkt. Die Zusammenarbeit soll langfristig bestehen und zukünftig weitere neue Forschungsfelder erschließen.

Im Rahmen einer Auftaktveranstaltung haben 17 Studierende aus dem Fachbereich Wirtschaftswissenschaften gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern von Borussia Mönchengladbach Forschungsfragen und die Vorgehensweise festgelegt. Die Studierenden hatten dabei auch Gelegenheit, den Borussia-Park und die Arbeit in der VfL-Geschäftsstelle näher kennenzulernen. Aufgeteilt auf drei Gruppen ging es im Anschluss auf unterschiedlichen Wegen um die Datenerhebung für die Forschungsarbeit. So waren bei den Heimspielen gegen den 1. FC Heidenheim sowie den VfL Wolfsburg Studierende unterwegs, die rund um das Stadion zahlreiche Fans interviewten. Ferner wurden Experteninterviews geführt und weitere Fans mit einem Online-Fragenbogen erreicht.



HSNR-Studierende und Professorin Marion Halfmann (Mitte) bei der Auftaktveranstaltung im Borussia-Park.

„Die Kooperation mit Borussia ist ein Beispiel dafür, wie projektbasiertes Lernen gelingen kann. Ich freue mich sehr darüber, dass die Borussia und die Hochschule Niederrhein in dieser Form nun zusammenarbeiten werden“, sagt Dr. Marion Halfmann, Professorin für Marketing und Vertrieb am Fachbereich Wirtschaftswissenschaften, die die Kooperation auf Seiten der Hochschule initiiert hat und mit ihrer Kollegin Judith Collier das Pilotprojekt begleitet. „Diese Initiative markiert den Beginn einer vielversprechenden Partnerschaft zwischen Borussia und der Hochschule Niederrhein. Mit der Kooperation manifestierten sich die Fohlen als engagierter Partner für die Region. Ziel ist es,

jungen Menschen die Möglichkeit zu geben, Projekte umzusetzen, die einen direkten Bezug zum ‚echten Leben‘ haben und ihnen Chancen zur persönlichen Weiterentwicklung bieten“, sagt Pia Terstappen, Marketing Managerin bei Borussia Mönchengladbach.

HSNR

Jüdische Studierende

Antisemitismus an Hochschulen

Antisemitismus ist eine seit langem vernachlässigte Realität an vielen Hochschulen, historisch und auch heute wieder, wie die Ereignisse vom 7. Oktober 2023 und die Folgen dramatisch gezeigt haben. Am 7. Oktober ermordeten militante Hamas-Terroristen und -Anhänger mehr als 1.200 israelische Zivilisten und nahmen etwa 240 Menschen als Geiseln.

Der Angriff löste einen dramatischen Anstieg des Antisemitismus weltweit aus, wobei die Hochschulen ein wichtiger Schauplatz der Aktivitäten sind. Auch an deutschen Hochschulen finden anhaltend antizionistische und antisemitische Vorfälle statt, die sowohl jüdische Studierende als auch jüdische Lehrende betreffen. Direkte und indirekte verbale Angriffe, Einschüchterungen und Schikanen gegenüber jüdischen Studierenden und Lehrenden tragen zu einer Atmosphäre der Spannung und Angst bei, insbesondere an Universitäten mit anhaltend aggressiven Anti-Israel-Demonstrationen.

Die Reaktionen von Hochschulleitungen sind dabei unterschiedlich. Ohne zu zögern haben einige Universitäten rasch und deutlich nach dem 7. Oktober die antisemitischen Taten als solche bezeichnet, ihre Solidarität mit Israel bekundet und treten entschlossen gegen die Ausbreitung und Legitimierung des israelbezogenen Antisemitismus an. Das sind starke und unmissverständliche Zeichen für die Hochschulangehörigen, insbesondere für jüdische Studierende und Lehrende und darüber hinaus für die Öffentlichkeit.

Andere Statements von Universitäts- und Hochschulleitungen lassen dies vermissen. Hochschulen, die bis heute keine Stellungnahme veröffentlicht haben, ignorieren die Bedrohungen des Antisemitismus und seine Effekte auf das Arbeiten und Leben in der Hochschule, wohl in der irrigen Annahme,

davon nicht betroffen zu sein. Manche Hochschulleitungen flüchten sich in abstrakte Formulierungen, in denen die Taten und Täter, die Motivationen und Auswirkungen nicht mehr sichtbar werden. In solchen vermeintlich neutralen Erklärungen werden weder die Hamas oder der antisemitische Terror noch die Auswirkungen auf jüdisches Leben auf dem Campus erwähnt. Etliche Universitäten vermieden es, nach dem Massaker aus Solidarität die israelische Flagge zu hissen. Einige öffentliche Erklärungen von Hochschulleitungen lesen sich bisweilen pflichtschuldig und sprechen sich allgemein gegen Diskriminierung und menschenfeindliche Äußerungen aus.

Hinter solchen und vergleichbaren Haltungen und Äußerungen verschwimmt die antisemitische Tat und Bedrohung, es findet eine Relativierung statt.

Die Jüdische Studierendenunion in Deutschland (JSUD) verweist auf „dutzende Berichte junger Jüdinnen und Juden [...], die am Campus verbalen Angriffen und physischen Bedrohungen ausgesetzt sind. Sie berichten von Terror-Relativierung und Verherrlichung seitens Studierender und Universitätsangestellter“.¹ Diese Situation veranlasste die JSUD, einen Forderungskatalog zur wirksameren Bekämpfung des Antisemitismus an die Bundesministerin für Bildung und Forschung Bettina Stark-Watzinger zu senden.

Die akademische Freiheit kann nicht gedeihen, wenn offene Äußerungen von Antisemitismus zu Hass und Gewalt anstacheln, ohne Grenzen und Konsequenzen. Stattdessen, so Stark-Watzinger nach der Einladung einer Gruppe von Hochschulexpertinnen und -experten zum Thema Antisemitismus, müsse es klar definierte Grenzen geben, um antisemitische Äußerungen an den Hochschulen einzuschränken, einschließlich

rechtlicher Schritte, wenn dies gerechtfertigt sei. Sie lobte den Mut der jüdischen Studierenden, sich gegen Antisemitismus auszusprechen.²

Die derzeitigen Probleme des Antisemitismus auf dem Campus werden nicht von selbst verschwinden. Dazu benötigt es auch strukturelle Maßnahmen, die zu einem lebendigen jüdischen Leben an den Hochschulen einladen, z.B.:

- Lehrveranstaltungen über jüdisches Leben, jüdische Geschichte, Israel und die Shoah, z. B. als Studium generale und als integraler Teil im Lehramtsstudium;
- Strategien zur Bekämpfung des Antisemitismus auf dem Campus, z. B. Monitoring, Task Forces, Anlaufstellen, Handreichungen und Leitfäden;
- Kenntnis und Klärung der rechtlichen Situation, um aktuellen israelbezogenen Antisemitismus zu erkennen und begegnen zu können;
- Einbezug jüdischer Perspektiven, wenn es um Fragen von jüdischen Belangen auf dem Campus geht.

Antisemitismus zerreißt das Gefüge der Demokratie. Es liegt auch in der Verantwortung von Hochschulen, eine energische und klare Antwort zu entwickeln, die in die Grundsätze und ethischen Kodizes der universitären Lehre und des Diskurses integriert wird.

*Prof. Dr. Julia Bernstein,
Prof. Dr. Stefan Müller
Frankfurt University of Applied Sciences
Deidre Berger
Tikvah Institut*

Die Meldungen in dieser Rubrik, soweit sie nicht namentlich gekennzeichnet sind, basieren auf Pressemitteilungen der jeweils genannten Institutionen.

¹ Vgl.: <https://www.fzs.de/2023/11/15/forderungen-zum-umgang-mit-antisemitismus-an-universitaeten/>

² <https://www.bmbf.de/bmbf/shareddocs/pressemitteilungen/de/2023/12/121223-Expertengespraech-Antisemitismus.html>